

Optimierung soll ein Thema bleiben

ABSTIMMUNG Der Zürcher Stadtrat bleibt neunköpfig. Die Stimmberechtigten haben eine Volksinitiative, die eine Verkleinerung auf sieben Mitglieder verlangte, abgelehnt. Das Resultat fiel überraschend deutlich aus.

Stadt- und Gemeinderat hatten den Wählern empfohlen, die Volksinitiative «Mehr Geld für Zürich: 7 statt 9 Stadträtinnen und -räte» abzulehnen. Die Nein-Parole des Gemeinderats war allerdings äusserst knapp zustande gekommen. Es hatte dafür des Stichtschleids durch Ratspräsident Peter Küng (SP) bedurft, um SP, Grünen und AL zu einer Mehrheit zu verhelfen. Insofern wurde gestern teils etwas verwundert zur Kenntnis genommen, wie deutlich das Verdikt des Stimmberechtigten ausfiel. 61,8 Prozent sagten Nein. Kein einziger Abstimmungskreis stimmte zu.

SVP-Wähler nicht mobilisiert

Auffällig war die unterschiedliche Stimmbeteiligung. Als einer der Ersten traf SVP-Fraktionschef Roger Bartholdi im Wahlzentrum im Stadthaus ein. Ausgezählt waren die Kreise 6 (mit 46,3 Prozent Stimmbeteiligung) und 9 (mit 36,3 Prozent Stimmbeteiligung). Bartholdi, selbst aus dem Kreis 9, fühlte sich an die Wahlen vom 4. März erinnert und äusserte eine Befürchtung: Wie damals könnten die SVP-Wähler zu Hause geblieben sein. Das Resultat aus dem Kreis 12, in dem wie im Kreis 9 die SVP jeweils punkten kann, lieferte die Bestätigung: Nur gerade 28 Prozent waren abstimmen gegangen.

Die höchste Stimmbeteiligung gab es demgegenüber im Kreis 7 und 8, wo die Freisinnigen stark sind. Mit 46,9 Prozent gab es hier die höchste Stimmbeteiligung – und mit 44,6 Prozent auch die höchste Zustimmung.

Die eidgenössische Abstimmung über die Fair-Food-Initiative lockte linke Wähler an die Urne, während die kantonale Jagdvorlage wohl nur auf dem Land SVP-Wähler zu mobilisieren vermochte – so lautete das Fazit Bartholdis für seine Partei.

Vielleicht aber lag es auch einfach daran, dass der Abstimmungskampf nur flau verlaufen war. So kurz nach den Gesamterneuerungswahlen fehlte die Energie. Und ein Schlagabtausch zwischen links und rechts hatte nicht wirklich stattgefunden. Das lag teils auch daran, dass kein Politiker, sondern ein Parteilooser die Initiative lanciert hatte, der Ökonom Stefan Müh-

lemann. Er bezeichnet sich selbst als linksliberal.

Die Fronten sind in dieser Frage wechselnd. Neun Exekutivmitglieder leistet sich sonst keine Schweizer Stadt, Anläufe für eine Verkleinerung gab es schon von rechter und linker Seite. 1987 etwa stimmte das Volk einer entsprechenden Initiative der FDP zu, lehnte 1989 aber die konkrete Umsetzungsvorlage ab.

Kanton stärkt Stadtrat

Die Optimierung der Verwaltung soll auch mit neun Mitgliedern ein Thema bleiben. Das sagten gestern Stadtpräsidentin Corine

Mauch (SP) ebenso wie Gemeinderäte von rechts und links. Während sich Mauch aber in erster Linie über den Vertrauensbeweis durch das Stimmberechtigten freute, wiesen Gemeinderäte auf konkreten Verbesserungsbedarf in der Verwaltung hin. SP, Grüne und AL haben im Februar ein Postulat eingereicht, das auf eine Reform abzielt. Für jedes Thema soll nur noch ein Departement zuständig sein, lautet zum Beispiel eine Forderung.

Mauch ihrerseits erwähnte das neue kantonale Gemeindegesetz, das seit Anfang Jahr gilt. Seither muss in der Gemeindeordnung nur noch die Zahl der Regierungsmitglieder festgelegt sein, aber nicht mehr, wie die Verwaltung organisiert ist. Das kann die Regierung neu selber regeln, ohne Einbezug des Gemeinderats.

Das erlaube eine grössere Flexibilität, freute sich Mauch.

Nachdenklicher Sieger

Markus Kunz, Grünen-Fraktionschef, hingegen zeigte sich in diesem Punkt nachdenklich. «Wie konnte so ein Artikel von uns unbemerkt ins Gesetz gelangen?», fragte er. Der grünliberale Gemeinderat Matthias Wiesmann, der neben ihm stand, stimmte zu: «Das haben wir verschlafen.» Umso wichtiger sei es, dass nun das besagte Postulat einstimmig vom Parlament an den Stadtrat überwiesen werde.

Auch FDP-Parteipräsident Severin Pflüger beklagte die Neuregelung im kantonalen Gesetz. Er sagte voraus, dass das Postulat Einstimmigkeit erhalten dürfte, dies aber wenig nützen werde.

Seine Partei wolle mit Einzelvorstössen dranbleiben.

Mauch wiederholte, was im Abstimmungsbüchlein steht: dass der Stadtrat die Optimierung der Verwaltung als Daueraufgabe sehe. Bei seiner Novembeklausur wolle er sich vertieft damit befassen, fügte sie an.

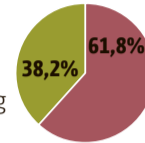
Thomas Marth

DAS RESULTAT

Volksinitiative
«7 statt 9 Stadträte»

Ja: 33 673
Nein: 54 429

Stimmbeteiligung
39,9 %



Der Zürcher Stadtrat: Die meisten Städte kommen mit sieben oder fünf Regierungsmitgliedern aus – in Zürich bleibt es bei neun.

Foto: PD

Bekanntnis zum Ausbau der Fernwärme

ZÜRICH In Zürich-West wird die Fernwärmeversorgung ausgebaut. Das Stadtzürcher Stimmberechtigten hat einen 235-Millionen-Franken-Kredit für die Erweiterung des Fernwärmenetzes klar zugestimmt.

72 931 Stadtzürcher Stimmberechtigten haben die Vorlage zur Fernwärme befürwortet. Ihnen standen 14 576 Nein-Stimmende gegenüber. Bei einer Stimmbeteiligung von 39,2 Prozent betrug der Ja-Stimmen-Anteil 83,3 Prozent.

Ein Entscheid betreffend Fernwärmeversorgung war unumgänglich. Denn das Kehrichtkraftwerk (KHKW) Josefstrasse, das hauptsächlich Zürich-West mit Fernwärme versorgt, wird voraussichtlich 2021/22 altershalber ausser Betrieb genommen und weitgehend abgerissen.

Im regionalen Richtplan ist allerdings die Verpflichtung für die Stadt Zürich festgehalten, Zürich-West weiter mit Fernwärme zu versorgen. Deshalb wird nun das bestehende KHKW Hagenholz in Zürich-Nord diese Aufgabe übernehmen. Dazu braucht es den Bau einer unterirdischen Verbindungsleitung für Fernwärme zwischen dem KHKW Hagenholz und dem KHKW Josefstrasse.

Das Projekt beinhaltet auch eine Erweiterung in Richtung Wipkingen/Unterstrass, Ausser Sihl und Sihlquai. Dafür ist ein Verlängerungsstrang der Hauptleitung vorgesehen.

Die Verbindungsleitung soll zwischen 2019 und 2022 erstellt werden. Dieser Energiekanal dürfte während 70 bis 90 Jahren funktionieren. Ein Wechsel der Liegenschaftsbesitzer auf Fernwärme soll freiwillig sein.

Die AL hatte Stimmfreigabe beschlossen, die SVP Ablehnung. Die andern Parteien empfahlen ein Ja zu dieser «grossen Kiste»; allerdings ohne viel Begeisterung, dafür mit einigen Bedenken. Es gebe viele Risiken und und Unwägbarkeiten, lautete der Tenor. So wisse niemand, ob diese grosse Investition in die Fernwärme langfristig rentiere, ob es noch genügend Abfall geben werde und wie sich die Technologie entwickle. Diese Bedenken teilte auch der Stadtrat, sprach aber dennoch von einer «effizienten, eleganten und zukunftsträchtigen Lösung», um die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft zu erreichen. sda

Das einzige Kino schliesst

DIETIKON Das Cinéma Capitol gibt seine Geschäftstätigkeit nach 88 Jahren Ende Jahr auf. Das hat die Geschäftsleitung des Familienbetriebs gestern mitgeteilt. Der Hauptgrund sei die zukünftige Konkurrenzsituation. Im Frühjahr 2019 soll in Spreitenbach das neue Multiplex-Kino der französischen Firma Pathé eröffnen, das zehn Säle respektive 2000 Sitzplätze umfasst.

Neben den rund 100 Stadtzürcher und den 10 Badener Kinosälen sieht die Cinéma-Capitol-Geschäftsleitung die Existenzgrundlage des Dietiker Kleinstfamilienbetriebs als nicht mehr gegeben an. Nach der Schliessung soll das Cinéma Capitol per 2021 oder 2022 umgenutzt werden. Die Planung dazu läuft. Die neue Nutzung werde nichts mehr mit der heutigen Betriebstätigkeit zu tun haben, teilt die Capitol-Geschäftsleitung mit. red

Es gibt zwei Anfragen pro Woche

SEXISMUS Die Plattform zur Prävention sexueller Belästigungen am Arbeitsplatz wird seit einem Jahr rege genutzt.

Belaestigt.ch feiert seinen ersten Geburtstag. Pünktlich zum 21-Jahr-Jubiläum des Gleichstellungsgesetzes ging die Website zur Prävention von sexueller und sexistischer Belästigung am Arbeitsplatz im vergangenen Juli online. Im Zusammenhang mit diesem Thema spricht Anja Derungs, Leiterin der Fachstelle für Gleichstellung der Stadt Zürich, von einer «tabuisierten Realität»: «Bis heute zögern viele Belästigte, Unterstützung zu holen – trotz klarer gesetzlicher Schutzbestimmungen.»

Trotzdem zieht Derungs nach den ersten zwölf Monaten, in denen das Portal genutzt wurde, eine positive Bilanz. Positiv be deutet in diesem Zusammen-

hang. Das niederschwellige Angebot des Informations- und Beratungsportals wird genutzt. Das dreiköpfige Team, bestehend aus zwei Frauen und einem Mann, erhält wöchentlich rund zwei Anfragen. «Sie betreffen unangebrachte Bemerkungen, aufdringliches Verhalten oder auch handfeste sexuelle Übergriffe», wie Derungs sagt.

Beispielhaft sind auf der Beratungswebsite Situationen sexueller Belästigung beschrieben. Dazu gehören sexistische Bemerkungen oder Witze über Aussehen, Kleidung sowie die sexuelle Orientierung. Wiederholte unerwünschte Einladungen und unerwünschte Berührungen gehören auch dazu. Telefonanrufe, das Versenden von SMS, E-Mails und Briefen mit sexistischem oder anzüglichen Inhalt fallen ebenso unter die Definition der sexuellen Belästigung. Nötigung, also das Versprechen von beruflichen Vor-

teilen, falls Personen in sexuelle Handlungen einwilligen, wie auch die Drohung mit Nachteilen, falls sie es nicht tun, körperliche Übergriffe und Vergewaltigung runden die Beispiele an sexuellen Übergriffen ab.

Letztlich geht es laut Derungs bei sexueller Belästigung immer auch um vorherrschende Macht- und Hierarchiestrukturen. Belästigungen würden sich in vielen Fällen gegen tiefer Positionierte oder Minderheiten im Betrieb richten. «Jede zehnte Person, die sich bei Belaestigt.ch meldet, ist männlich», sagt Derungs.

Diverse Branchen betroffen

Die meisten Anfragen stammen aus dem Raum Zürich und der Ostschweiz. Weil das Angebot von Belaestigt.ch möglichst niederschwellig, aber vor allem anonym ist, kann Derungs nur grobe Aussagen zu den beruflichen Hintergründen der hilfesuchenden Per-

sonen machen: «Anhand der beschriebenen Situationen arbeiten die meisten Ratsuchenden im Büro, im Detailhandel, in der Gastronomie, in der Hotellerie, im Baugewerbe und im Pflegebereich.»

Nach einem Jahr gehen die Verantwortlichen der Website nun über die Bücher. Derzeit holt die Trägerschaft mit einer Onlineumfrage Feedback bei den bisherigen Nutzerinnen und Nutzern des Portals, aber auch bei der breiten Bevölkerung ein.

Die Kernhilfe bleibe weiterhin bestehen, denn über sexuelle und sexistische Belästigung am Arbeitsplatz werde noch zu viel geschwiegen. Deshalb versuche man, die Bekanntheit des Informations- und Beratungsportals weiter auszubauen. «Ratsuchende sollen Unterstützung bekommen. Sie erhalten Hilfestellungen fürs weitere Vorgehen. Wir machen auch Angaben zu Beratungsstellen in ihrer Nähe, die für

die jeweilige Situation passend sind», sagt Derungs weiter.

Aber nicht nur Direktbetroffene suchten im vergangenen Jahr Hilfe beim Beratungsteam von Belaestigt.ch. «Die Debatte #Me-Too hatte insofern einen Einfluss auf die Nutzung der Plattform, als wir immer häufiger auch Anfragen von Unternehmen für interne Weiterbildungen für ihr Kader erhalten», so Derungs.

Für jede Art der Hilfesuche ist die Erstberatung durch eine Fachperson vertraulich und kostenlos. Im Beratungsteam sind Fachpersonen aus den Trägerorganisationen sowie aus dem psychosozialen und juristischen Umfeld tätig. Neben der städtischen Fachstelle für Gleichstellung sind der Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner, die Frauenberatung sexuelle Gewalt Zürich und die Gewerkschaft Unia Trägerinnen von Belaestigt.ch. Lina Giusto